



DLR verabschiedet

Das Europäische Parlament hat am 15. November in zweiter Lesung die EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Mit breiter Mehrheit billigten die Abgeordneten den Gemeinsamen Standpunkt, auf den sich die Mitgliedstaaten im Mai 2006 verständigt hatten. Nach abschließender Zustimmung des Rates kann die Richtlinie voraussichtlich noch in diesem Winter in Kraft treten. Sie muss in den Mitgliedstaaten innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. Zahlreiche Dienstleistungsbranchen, etwa Handel, Gastronomie, Handwerk, IT-Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Unternehmensdienstleistungen und technische Dienstleistungen, Beratung und Bauwirtschaft, sind in die Dienstleistungsrichtlinie einbezogen. Gesundheitsdienstleistungen waren jedoch vom europäischen Parlament aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen worden. Wie die Gemeinschaft im Gesundheitssektor verfahren wird, soll in einem Konsultationsprozess vorgeklärt werden und ist derzeit noch offen.

ik

DMS IV: Weniger Karies

Zwölfjährige haben heute im Schnitt nur 0,7 kariöse, gefüllte oder wegen Karies fehlende Zähne. 1997 lag der Wert noch bei 1,7. Deutschland hat sich damit eine internationale Spitzenposition bei der Mundgesundheit von Kindern erobert. Auch bei Erwachsenen und Senioren sind Zahnverluste deutlich rückläufig. Diese Ergebnisse zeigt die Vierte Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS IV), die das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) im Auftrag der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) durchgeführt hat. Doch es gibt auch schlechtere Entwicklungen: Parodontalerkrankungen, die häufig zum Zahnverlust führen, sind auf dem Vormarsch. Aber auch auf anderen Gebieten besteht noch Handlungsbedarf. So bringt die demografische Entwicklung weitere Herausforderungen im Zusammenhang mit der medizinischen Bedeutung der Zahnmedizin und der Wechselwirkung zwischen

Erkrankungen im Zahn-, Mund- und Kieferbereich und dem Gesamtorganismus. Angesichts der älter werdenden Gesellschaft wird eine weitere Betonung der Alterszahnheilkunde notwendig. Auch in der Kariesbekämpfung zeigt sich noch eine Schieflage: Zehn Prozent der Kinder, zumeist aus sozial schwachen Familien, machen 60 Prozent aller Kariesfälle aus. Zum Hintergrund: Die DMS IV ist eine repräsentative Querschnittsuntersuchung, für die das Institut der Deutschen Zahnärzte zwischen Februar und September 2005 in 90 Städten und Gemeinden insgesamt 4631 deutsche Staatsangehörige aus vier Altersgruppen befragt und zahnmedizinisch untersucht hat. Als Wiederholungsuntersuchung zur Dritten Deutschen Mundgesundheitsstudie zeigt sie die Entwicklung der Mundgesundheit seit 1997 auf. Eine Kurzfassung der Studie steht zum Download unter www.bzaek.de oder www.kzbv.de zur Verfügung.

ik/BZÄK, KZBV

Klage zur Altersgrenze?

Alle Wege bis hin zur Verfassungsklage will die Senioren-Union der CDU beschreiten, um prüfen zu lassen, ob Vertragsärzte, Hebammen und öffentliche Sachverständige auch weiterhin zu festgelegten Höchstaltersgrenzen in den „Zwangsruhestand“ müssen. Die geplante Novelle des Vertragsarztrechts sieht bislang nur vor, in „unterversorgten Planungsbereichen“ die Altersgrenze für das Ende kassenärztlicher Tätigkeit mit 68 Jahren aufzuheben. Die letzte höchstrichterliche Entscheidung zu diesem Thema stamme aus dem Jahr 1959, so der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff. Diese Entscheidung sei „nicht nur angesichts der demografischen Entwicklung, sondern auch aufgrund vieler völkerrechtlicher Verträge zum Schutz des Alters und bindender Vorgaben zum Verbot der Altersdiskriminierung im Europarecht völlig überholt“.

dgd/ik

Ärztliches Investitionsverhalten

Die Übernahme einer Einzelpraxis war im Jahr 2005 die häufigste Form der zahnärzt-



lichen Existenzgründung. In den alten Bundesländern entschieden sich 51 Prozent und in den neuen Bundesländern 67 Prozent der Zahnärzte für diesen Weg in die Selbstständigkeit. Dies ist ein Ergebnis der im Oktober erschienenen IDZ-Information zur Investition bei der zahnärztlichen Existenzgründung 2005. Im Hinblick auf die Gemeinschaftspraxis stellt sich die Situation wie folgt dar: In den alten Bundesländern wählte 2005 jeder dritte zahnärztliche Existenzgründer (33 Prozent) die Gemeinschaftspraxis. In den neuen Bundesländern waren dies 21 Prozent – 2004 waren es hier noch 8 Prozent. Im Jahr 2005 erreichte das Investitionsvolumen für die Neugründung einer westdeutschen Einzelpraxis mit einem Anstieg von knapp 6 Prozent einen neuen Höchstwert. Das Investitionsvolumen einer Einzelpraxisübernahme stieg um etwa 4 Prozent. Wie schon in den Vorjahren wurde das zahnärztliche Investitionsvolumen für eine Einzelpraxis-Neugründung in den alten Bundesländern auch im Zeitraum 2004/2005 im Vergleich zu anderen ärztlichen Investitionen von keiner anderen medizinischen Facharztgruppe übertroffen. Die IDZ-Info kann kostenlos beim Informationsdienst des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ) angefordert werden. Gleichzeitig gibt es die Möglichkeit, den Text unter www.idz-koeln.de herunterzuladen. ik/IDZ

ZFA-Ausbildungszahlen

Die Daten über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) zum 30. September 2006 liegen vor: Insgesamt gesehen konnte das Niveau der Vorjahreszahlen im Jahre 2006 fast gehalten werden. Bundesweit wurden 11 332 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies war im Durchschnitt eine Abnahme um 2,7 Prozent im Vorjahresvergleich. Bayern hatte mit -7,20 Prozent, Hessen mit -9,13 Prozent und Sachsen mit -5,86 Prozent Verluste in den Ausbildungszahlen zu verzeichnen. Zugewinne gab es in Berlin (+22,12 Prozent), Saarland (+8,77 Prozent), Thüringen (+4,07 Prozent), Brandenburg (+3,91 Prozent), Bremen (+2,90 Prozent) und Schleswig-Holstein (+1,84 Prozent). Stabile Werte bei den neuen

Ausbildungsverhältnissen finden sich unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. „Die Unwägbarkeiten der Gesundheitspolitik sind nicht gerade förderlich für die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse in dieser wirtschaftlich angespannten Zeit“, so Dr. Christian Öttl, Referent Zahnärztliches Personal der BLZK. ik

Krankenkasse gewechselt

Seit Beginn der Wechselmöglichkeiten zwischen den gesetzlichen Krankenkassen vor zehn Jahren haben 49 Prozent der Mitglieder schon einmal die Versicherung gewechselt. So lautet das Ergebnis einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK. Bei den über 60-Jährigen wechselten allerdings nur rund 42 Prozent. Vor allem gut verdienende und überdurchschnittlich gebildete Mitglieder neigen zu Kassenwechseln. Das Interesse, sich anders zu orientieren steige, wenn Beiträge als zu hoch wahrgenommen werden. Aktuell dächten 18 Prozent der Mitglieder über einen Kassenwechsel nach. Doch etwa 42 Prozent der Versicherten wissen gar nicht, wie hoch der Beitragssatz ihrer Krankenversicherung ist. ik/a+s aktuell

Frauen fragen mehr

Die Eigenverantwortung in Sachen Gesundheit wächst offenbar: Nach einer repräsentativen Auftragsumfrage („Apotheken Umschau“) der GfK-Marktforschung Nürnberg bei 1962 Bundesbürgern ab 14 Jahren gibt ein Drittel der Befragten (33,8 Prozent) an, nach einem Arztbesuch schon häufiger die Aussagen des Mediziners überprüft zu haben. Kritischer zeigen sich dabei die Frauen mit 36,7 Prozent gegenüber den Männern mit 30,7 Prozent. Noch deutlicher wird dieser Unterschied bei der Frage, ob sie sich auf Arztbesuche auch vorbereiten: Kommen insgesamt 30,8 Prozent der Befragten schon mit Vorkenntnissen in die Praxis, so ist es bei den Frauen jede Dritte (34,8 Prozent), bei den Männern nur jeder Vierte (26,5 Prozent). dgd/ik